



S&D

**WIR IN
EUROPA**

Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der
Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

INVESTITIONEN FÜR EIN
STARKES EUROPA

DIE NEUE REGIONALPOLITIK AB 2014

DIE REFORM DER EUROPÄISCHEN REGIONALPOLITIK



WAS IST REGIONALPOLITIK?

Die Regionalpolitik der Europäischen Union bietet einen Rahmen für eine große Anzahl von Maßnahmen und Programmen, die auf Wirtschaftswachstum, sozialen Zusammenhalt oder die grenzüberschreitende Zusammenarbeit abzielen.

Kerngedanke der europäischen Regionalpolitik ist die Solidarität der Mitgliedstaaten und ihrer Regionen untereinander. Dieser Gedanke folgt dem Prinzip, dass sowohl die Schwächsten auf dem Weg hin zu prosperierenden und wirtschaftlich starken Regionen begleitet und die stärkeren Regionen in ihren jeweils spezifischen Problemen unterstützt werden. Ungleichheiten zwischen den 273 Regionen in den 28 Mitgliedsländern der EU sollen verringert, die soziale Situation der Menschen verbessert werden. Regionalpolitik ist damit eine Investitionspolitik, von der alle europäischen Regionen und ihre Bewohner direkt profitieren. Für die europäische Sozialdemokratie stellt die Regionalpolitik einen wichtigen Baustein für ein einiges, soziales und wirtschaftlich solides Europa dar.

Der Gedanke eines Investitionsinstrumentes, das den solidarischen Umgang der Mitgliedstaaten der Europäischen Union widerspiegelt, reicht in die Frühzeit der Europäischen Gemeinschaften zurück. Bereits in den späten 1960er Jahren entwickelte sich die Idee, dass die Gemeinschaft regionale Unterschiede in der wirtschaftlichen

und sozialen Stärke durch gezielte Investitionen in Infrastruktur und Wirtschaft umkehren sollte.

Seit dieser Zeit hat sich die Regionalpolitik zu einem effektiven und zeitgemäßen Instrument der europäischen Investitionspolitik entwickelt. Die Regionalförderung hat den neuen deutschen Bundesländern beispielsweise eine schnelle und erfolgreiche Transformation und Angleichung der Lebensverhältnisse ermöglicht. Auch die neuen Mitgliedstaaten, die 2004 der EU beigetreten sind, haben aufgrund der Unterstützung durch die europäische Regionalpolitik eine rasche wirtschaftliche Entwicklung vollzogen. Und auch in der heutigen Zeit der Wirtschafts- und Finanzkrise ist die europäische Regionalpolitik ein effizientes Instrument, um die Konjunktur anzukurbeln, langfristig Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen sowie auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Forschung und Entwicklung zu fördern.

In der Förderperiode 2007-2013 wurden im Rahmen der europäischen Regionalpolitik fast 350 Milliarden Euro eingesetzt, davon über 25 Milliarden Euro in Deutschland. Die europäischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben sich dafür stark gemacht, dass auch in der kommenden Förderperiode ausreichende Mittel für die Regionalpolitik zur Verfügung stehen werden, um die zukünftigen Herausforderungen für Europa zu meistern.

Ende 2013 hat das Europäische Parlament nach mehrjähriger Arbeit das sogenannte Kohäsionspaket verabschiedet und damit den Weg für das Inkrafttreten einer Vielzahl an regionalpolitischen Verordnungen geebnet. Alle sieben Jahre wird die Gesetzesgrundlage zur Ausrichtung der Regionalpolitik überarbeitet - die an den ebenfalls siebenjährigen EU-Haushaltszyklus angepassten Programme laufen Ende 2013 aus. Der Beginn der Reform der europäischen Regionalpolitik liegt bereits mehrere Jahre zurück.

Im Jahr 2010 hat die Europäische Union mit Europa 2020 eine weitreichende Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum in der EU beschlossen. Die Gemeinschaft hat sich damit das ehrgeizige Ziel gesetzt, innerhalb dieses Jahrzehnts und in allen Teilen Europas Wohlstand und Prosperität zu schaffen: möglichst viele Menschen sollen in Arbeit gebracht, die europäische Infrastruktur erneuert, Investitionen in Forschung und Entwicklung erhöht, die Armut signifikant verringert und Maßnahmen gegen den Klimawandel massiv gefördert werden.

Es ist ein Ziel der Europäischen Union, die ihr zur Verfügung stehenden Instrumente und Strategien kohärenter aufeinander abzustimmen und die gesetzten Ziele zu erreichen. Auch die europäische Regionalpolitik sollte sich zukünftig stärker an diesem Zweck orientieren. Das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und der Europäische Rat haben daher frühzeitig begonnen, die Ende 2013 auslaufenden europäischen Regionalfonds grundlegend zu überarbeiten.

Im Herbst 2011 hatte die Europäische Kommission schließlich einen Vorschlag für eine allgemeine Verordnung (Allgemeine VO) sowie für die einzelnen Struktur- und Investitionsfonds vorgelegt. Im Einzelnen umfassen die Fonds den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds (ESF), den Kohäsionsfonds (KF), den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF). Die deutschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im europäischen Parlament haben die Reform der europäischen Regionalpolitik von Beginn an begleitet und an prominenter Stelle mitgestaltet.

EINE NEUE UND MODERNE INVESTITIONSPOLITIK FÜR EUROPA

DAS GRÖSSTE INVESTITIONSPROGRAMM DER EUROPÄISCHEN UNION

Die europäische Regionalpolitik ist das größte Investitionsprogramm, das der Europäischen Union zur Verfügung steht. Diese Politik hat sich seit seiner Einführung zu einem effektiven und nützlichen Instrument entwickelt, das die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in allen europäischen Regionen sicherstellen soll. Mittlerweile stellen die verschiedenen Fonds der Regionalpolitik einen der größten Einzelposten im gesamten EU-Haushalt. Für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet dies, dass europäische Mittel direkt zur Verbesserung ihres unmittelbaren Lebensumfelds eingesetzt werden - im sozialen und wirtschaftlichen Bereich, genauso wie in der Infrastruktur und im Tourismus. Die Regionalförderung ersetzt dabei nicht die Investitionen von Bund, Ländern und Kommunen, sondern schließt vielmehr Lücken und setzt Akzente, wo dies notwendig und sinnvoll erscheint.

Auch in der neuen Förderperiode wird die Regionalpolitik wieder einen der größten

Einzelposten im Haushalt der Europäischen Union stellen. Für die kommenden sieben Jahre sollen über 325 Milliarden Euro für die europäischen Struktur- und Investitionsfonds bereitgestellt werden. Darüber hinaus wird es für Deutschland Sonderzahlungen von über 700 Millionen Euro geben, die in den neuen Übergangregionen (Lüneburg sowie die neuen Bundesländer) und in Leipzig eingesetzt werden sollen.

KLARE PRIORITÄTEN FÜR EINE KLARE POLITIK

Die zukünftige Förderpolitik ist anhand klar definierter und vorab festgelegter Prioritäten auf die Bedürfnisse der Regionen zugeschnitten. Die künftige Regionalpolitik will keine Unterstützung nach dem Gießkannenprinzip, sondern Entwicklungspotentiale in enger Abstimmung mit den Europa 2020 Zielen fördern. Die Allgemeine Verordnung gibt elf thematische Ziele vor (siehe Infokasten 3), die alle regionalpolitischen Fonds unterstützen sollen; unter ihnen die Stärkung von Forschung und Entwicklung, die Verringerung von CO₂-Emissionen, die Bekämpfung



der Armut, die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen, Maßnahmen zum Schutz des Klimas und Zugang zu Informationstechnologien.

ERFOLGREICHE REGIONEN WEITER BEGLEITEN

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass in der Vergangenheit erfolgreiche Regionen auch weiterhin eine angemessene Förderung durch die EU erhalten und ihre positive Entwicklung fortsetzen können. Die Höhe der Förderung richtet sich nach der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Regionenkategorie, die anhand der regionalwirtschaftlichen Entwicklung bestimmt wird. Regionen, die zwar in den vergangenen Jahren eine erfolgreiche und zu begrüßende wirtschaftliche Entwicklung durchgemacht

haben, sollen unserer Ansicht nach jedoch nicht einfach aus der Höchstförderung entlassen werden. Während der Verhandlungen über eine neue europäische Regionalpolitik hat sich die sozialdemokratische Fraktion daher für die Schaffung einer neuen Zwischenkategorie eingesetzt: die sogenannten Übergangregionen. Wir argumentieren, dass Regionen einen abrupten Rückgang der Förderung sonst nicht selbst abfedern könnten. Die Schaffung einer Zwischenkategorie ermöglicht dagegen eine verträgliche Reduzierung der europäischen Fördermittel, die aber auch die gute wirtschaftliche Entwicklung der betreffenden Regionen widerspiegelt. In Deutschland fallen darunter der ehemalige Regierungsbezirk Lüneburg sowie alle neuen Bundesländer ausgenommen der Region Leipzig.



EINBINDUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT UND LOKALER PARTNER VOR ORT

Die Einbindung der Regionen und Kommunen, der Wirtschafts- und Sozialpartner sowie der Zivilgesellschaft ist zentraler Bestandteil einer bürgerorientierten Politik. Für die zukünftige Förderperiode konnte daher eine Stärkung des sogenannten Partnerschaftsprinzips erreicht werden. Die verschiedenen Partner sind somit bereits in einer frühen Phase in die Entwicklung und Implementierung sowie in die fortlaufende Evaluierung der regionalen Programme eingebunden. Schließlich sind

es die Akteure vor Ort, die die lokalen Bedingungen und Anforderungen am Besten kennen. Uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten war eine starke Einbindung der lokalen Entscheidungsträger und der Zivilgesellschaft besonders wichtig: Die politischen Grundlinien der europäischen Regionalpolitik werden in Brüssel und Straßburg geschaffen, die konkrete Planung und Umsetzung von geförderten Projekten findet jedoch in den Regionen statt, bei den Menschen und durch die Menschen.

REGIONALFONDS IN DEUTSCHLAND

DER EFRE - DER EUROPÄISCHE FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG

Der EFRE fördert den wirtschaftlichen Zusammenhalt der Union. Über die Förderung durch den EFRE investiert die europäische Gemeinschaft in kleinere und mittlere Unternehmen, in den Bau und die Instandsetzung einer modernen Infrastruktur und die Umsetzung innovativer Ideen in Forschung und Entwicklung.

Der EFRE ist jedoch mehr als ein Förderprogramm zur Erneuerung der Infrastruktur in Europa - die vielen kleinen und großen Projekte, die durch die Mittel der Europäischen Union gefördert werden, schaffen und sichern zahlreiche Arbeitsplätze in Deutschland: im Bausektor, in kleinen und mittleren Unternehmen sowie im Tourismussektor.

DER ESF - DER EUROPÄISCHE SOZIALFONDS

Der Fokus des ESF ist die Stärkung des sozialen Zusammenhalts in der Europäischen Union. Der ESF fördert daher vor allem die soziale Eingliederung und die Rückgewinnung von dauerhaft Nichtbeschäftigten für den Arbeitsmarkt. Insbesondere in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise kann die Gemeinschaft so die sozialen Folgen von Krisen abschwächen. Der ESF fördert

sowohl Maßnahmen, die Jugendlichen den Übergang von der Schule in den Beruf erleichtern sollen als auch Umbildungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose. Darüber hinaus fördert die Europäische Union aber auch Projekte im Bereich des „lebenslangen Lernens“. Ziel sind damit nicht nur Maßnahmen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt, sondern auch zur Karriereentwicklung und Weiterbildung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

DIE ETZ - EUROPÄISCHE TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gewinnt in einem zusammenwachsenden Europa immer größere Bedeutung. Oft können Probleme nicht mehr einseitig gelöst werden, da ihre Ursprünge grenzüberschreitend zu suchen sind - dies gilt für die Mitgliedstaaten wie auch für die einzelnen Regionen. Die ETZ fördert daher Maßnahmen, die auf Zusammenarbeit von Regionen aus Nachbarländern, aber auch interregional, also über Mitgliedstaaten hinweg abzielen. Insbesondere die sogenannten Euroregionen sind ein Produkt dieser grenzüberschreitenden Kooperation.



S&D

WIR IN
EUROPA

REGIONALPOLITIK FÜR EIN SOZIALES EUROPA

Die Gemeinschaft fördert mit Investitionen in Telekommunikation, Verkehr sowie Umwelt jedoch nicht nur allein Güter und Infrastruktur. Diese Investitionen wirken sich direkt auf die wirtschaftliche und die soziale Lage der Menschen aus. Die Regionalpolitik fördert kleinere und mittlere Unternehmen, die in den Regionen fest verankert sind. Hier entstehen Arbeits- und Ausbildungsplätze auch abseits der urbanen Zentren. Darüber hinaus sichert der Europäische Sozialfonds die Förderung von Projekten zur Aus-, Weiter- und Umbildung von Menschen in allen Altersklassen. Auch werden dringende Maßnahmen der sozialen Inklusion und gegen Diskriminierung

von Menschen mit Behinderung aus diesen Mitteln finanziert. Mindestens 80 Milliarden Euro der für die Regionalpolitik bereitgestellten Mittel werden auch in der kommenden Förderperiode für Projekte aus dem Europäischen Sozialfonds aufgewendet.

ERFOLGE FORTLAUFEND BEGLEITEN

Insbesondere die mehrjährigen Programme der Europäischen Union erfordern eine ständige Überprüfung der rechtmäßigen Verteilung von öffentlichen Geldern. Die Verordnungen zur Regionalpolitik widmen sich daher in großen Teilen auch den Anforderungen, die die notwendige Überprüfung an die Behörden in Europa, im Bund und in den Ländern stellt. Ziel

muss es sein, einen möglichst effizienten und rechtlich einwandfreien Einsatz von öffentlichen Geldern zu ermöglichen, die sich an den Prioritäten der Gemeinschaft orientieren und notfalls auch revidiert werden können.

REGIONALPOLITIK FÜR DIE MENSCHEN – SCHNELLER UND UNKOMPLIZIERTER ZUGANG ZU INFORMATIONEN

Ein wichtiges Ziel der neuen Förderperiode ist es, die allgemeine Sichtbarkeit der europäischen Regionalpolitik zu erhöhen. Die Menschen in Europa kommen fast täglich mit geförderten Projekten in Berührung. Nicht immer wird jedoch die Förderung dieser Projekte aus Mitteln der

europäischen Regionalpolitik deutlich. In der kommenden Förderperiode sollen diese Projekte daher sichtbarer und Informationen für alle Bürgerinnen und Bürger noch leichter zugänglich gemacht werden. Alle Menschen in Europa sollen die Möglichkeit erhalten sich noch einfacher über die Projekte sowie die Mittelverwendung der europäischen Regionalpolitik zu informieren. Aus diesem Grund wird in der zukünftigen Förderperiode eine zentrale Internetseite eingerichtet, die alle nötigen Informationen über Projekte, Projektträger sowie die zur Verfügung stehenden Mittel bereitstellt. Alle Bürgerinnen und Bürger können sich so bestmöglich über geförderte Projekte in ihrer Umgebung und darüber hinaus informieren.



URBANE UND LÄNDLICHE RÄUME STÄRKEN

Auch die Entwicklung des städtischen Raumes nimmt in der neuen Förderperiode eine zentrale Position ein. Um die Besonderheiten der europäischen Städte gezielt aufzugreifen und Lösungen in geförderten Projekten umzusetzen, sollen mindestens 5% der nationalen Zuweisung der EFRE-Mittel für eine integrierte Stadtentwicklung zur Verfügung gestellt werden. Dies gibt den Städten auf der einen Seite entscheidenden Spielraum in der Umsetzung ihrer strategischen Ziele. Zum anderen können in der Vergangenheit erfolgreiche Projekte fortgeschrieben werden. Erstmals gibt die Allgemeine Verordnung in dieser Förderperiode auch dem Fonds für ländliche Entwicklung sowie dem Fischereifonds einen einheitlichen Rahmen vor. Zum einen erlaubt dies eine möglichst große Kohärenz der Investitionsprioritäten über die verschiedenen Fonds

hinweg. Zum anderen besteht dadurch die Möglichkeit, die einzelnen Fonds zu kombinieren und dadurch Synergieeffekte zu erzielen.

ZUSAMMENARBEIT ÜBER GRENZEN HINWEG

Die europäische Regionalpolitik fördert die grenzüberschreitende Kooperation in Europa. Ein einiges Europa lebt von der Zusammenarbeit zwischen den Menschen. Die europäische Sozialdemokratie hat die grenzüberschreitende Kooperation immer unterstützt und ihr eine wichtige Stellung in der Regionalpolitik zugestanden. Nicht zuletzt steht die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für die kulturelle und gesellschaftliche Annäherung in Europa. Vor allem in den Euroregionen oder im Austausch von Arbeitnehmern über Grenzen hinweg wird Europa als Friedensprojekt für die Menschen spür- und sichtbar.

WAS FÖRDERT DIE EU? DIE INVESTITIONSPRIORITÄTEN FÜR 2014-2020

1. Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation
2. Verbesserung des Zugangs sowie der Nutzung und Qualität von Informations- und Kommunikationstechnologien
3. Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen
4. Förderung von Maßnahmen zur Verringerung der CO₂-Emissionen in allen Branchen der Wirtschaft
5. Förderung der Anpassung an den Klimawandel sowie der Risikoprävention und des Risikomanagements (z.B. Hochwasserschutz)
6. Erhaltung und Schutz der Umwelt sowie Förderung der nachhaltigen Nutzung der Ressourcen
7. Förderung von Nachhaltigkeit im Verkehr und Beseitigung von Engpässen in wichtigen Netzinfrastrukturen
8. Förderung von nachhaltiger und hochwertiger Beschäftigung und Unterstützung der Mobilität der Arbeitskräfte
9. Förderung der sozialen Eingliederung und Bekämpfung der Armut und der Diskriminierung
10. Investitionen in Bildung, Aus- und Fortbildung für Kompetenzen und lebenslanges Lernen durch die Entwicklung der Infrastruktur für Aus- und Weiterbildung
11. Verbesserung der institutionellen Kapazitäten von Behörden und Interessenvertretern sowie Ausbau einer effizienten öffentlichen Verwaltung

MEHR INFORMATIONEN

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN ZUR EUROPÄISCHEN REGIONALPOLITIK

Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission:
http://ec.europa.eu/regional_policy/index_de.cfm

Ausschuss für regionale Entwicklung des Europäischen Parlamentes
<http://www.europarl.europa.eu/committees/de/regi/home.html>

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
<http://www.bmwi.de/DE/Themen/Europa/eu-strukturpolitik.html>

HERAUSGEBER

Die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament
V.i.S.d.P.: Dr. Udo Bullmann, MdEP;
Autoren: Constanze Krehl, MdEP,
Alexandra Marquardt, Fabian Pfeiffer

Diese Broschüre finden Sie auch online unter
www.spd-europa.de



WIR IN
EUROPA

Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der
Sozialdemokraten im Europäischen Parlament